agenzia fides
Fondata nel 1927
Organo di informazione delle Pontificie Opere Missionarie
http://www.fides.org

ASIEN/BANGLADESCH - Radikale Muslime verwüsten Dakka: Friedensappell des Erzbischofs

Dakka (Fidesdienst) – Angesichts von Gewalt müssen „alle Komponenten der Gesellschaft guten Willen zeigen und sich um Frieden bemühen“, so Erzbischof Patrick D’Rozario von Dakka in einer Verlautbarung nach den Unruhen in der Hauptstadt von Bangladesch. Die radikalislamische Bewegung „Hefajat-e-Islam“ hatte in den vergangenen Wochen zu einer Kundgebung aufgerufen, zu der gestern über 200.000 gewaltbereite Teilnehmer in die Hauptstadt kamen und diese verwüsteten. Dabei kam es zu Ausschreitungen mit der Polizei, bei denen 29 Menschen starben, darunter auch drei Polizeibeamte. Über 50 Personen wurden verletzt, zahlreiche festgenommen. Die Kundgebung war für den 5. Mai genehmigt worden, überschritt aber den vorgesehenen zeitlichen Rahmen. Demonstranten griffen den Sitz der Regierungspartei „Awami League“ an und steckten über 100 Geschäfte und mindestens 50 Autos in Brand. Der Anführer der „Hfajat-e-Islam“-Bewegung, Allama Shah Ahmadi Shafi, wurde von der Polizei in Gewahrsam genommen und nach Chittagong gebracht.
Wie Beobachter aus Kreisen der Ortskirche dem Fidesdienst berichte, bittet der Erzbischof in seinem Friedensappell um „Anerkennung der Rechte aller Gläubigen jeder Religionsgemeinschaft“ und um „Zusammenarbeit für Solidarität, Harmonie und Frieden im Land".
„Wir haben Momente der Angst erlebt, doch nun ist wieder Ruhe eingekehrt. Die Polizei erlaubte den Demonstranten das Verlassen der Stadt. Viele kamen aus anderen Teilen des Landes. Nun sind weitere Kundgebungen bis um Mitternacht verboten“, so der Sekretär von Caritas Bangladesch mit Sitz in Dakka, Benedict Rozario, zum Fidesdienst. Die Demonstranten haben „ein Manifest in 13 Punkten vorlegt“, so der Caritas-Mitarbeiter, „in dem sie fordern, dass der Koran und die Schariah den Alltag regeln. Dabei ignorieren sie die anderen Religionen“. Unter anderem wird die Todesstrafe für die Beleidigung des Islam gefordert. „Die Regierung ist mit einigen Punkten nicht einig und weist darauf hin, dass bereits existierenden Gesetze ausreichend sind. Die katholische Kirche brachte ihre Sorge zum Ausdruck. Die Regierung tut ihr Bestes, um die Minderheiten zu schützen“, so Rozario.
Premierminister Scheich Hasina, der seit 2009 die säkulare Regierung des Landes leitet, versprach, dass die Regierung „kein Chaos im Namen des Islam zulassen wird, der eine Religion des Friedens ist“. Die Demonstranten kritisieren eine angeblich anti-islamische Politik des Landes. Im vergangenen Monat hatten die Aktivisten zu einem Generalstreik aufgerufen. (PA) (Fidesdienst, 06/05/2013)

I contenuti del sito sono pubblicati sotto Licenza Creative Common - http://creativecommons.org/licenses/by/3.0/deed.it